



Pressebericht

Jung und Alt sind sich einig

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden

Die soziale Absicherung der Bürgerinnen und Bürger ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaats. Unter den vielen wichtigen Sozialleistungen die verbessert werden sollten, ist die gesetzliche Rente die wichtigste Säule.

Die in den vergangenen 30 Jahren (bis auf wenige Ausnahmen) stattgefundene Demontage der gesetzlichen Rente muss gestoppt werden. Das Wort Lebensstandardsicherung muss in diesem Zusammenhang wieder genannt werden dürfen.

Doch die Meinungen, wie der Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung gelingen kann, gehen sehr weit auseinander.

Wir die Jungen und die Alten in der IG Metall möchten unsere Meinung zu dem Thema Rente einbringen. Wir möchten klarstellen, dass die Folgen einer verfehlten Rentenpolitik in erster Linie die heute im Arbeitsleben stehenden Beschäftigten trifft und erst in zweiter Linie die heutigen Rentner*innen. Wir haben bereits 2019 Vorschläge in die Diskussion und in die Entscheidungsprozesse unserer Organisation eingebbracht, die auf eine Stärkung der gesetzlichen Rente bauen. Diese Vorschläge sind aus unserer Sicht sinnvoll und umsetzbar.

Doch im Moment formiert sich ein breites Geflecht von Verbänden, Lobbyisten Organisationen und geschickt eingebundenen Experten aus der Wissenschaft die sich die staatliche Rente zum Gegner machen. Diesen Meinungsmachern fällt nichts Besseres ein als die Lebensarbeitszeit zu verlängern und das Dogma, die 40 als „Schwarze null“ der Sozialpolitik wieder ins Spiel zu bringen. Im Klartext heißt dies die Sozialversicherungsbeiträge dürfen 40% nicht übersteigen. Von steigender Produktivitätsentwicklung als Faktor zur Stärkung der Rente ist keine Rede. Der demografische Wandel, der bei weniger Beitragszahler*innen und immer mehr Rentnern und Rentnerinnen das System angeblich unbezahlbar macht, wird als Schreckgespenst (und dies nicht zum ersten Mal) als Begründung genannt. Die jungen Beitragszahler*innen werden mit folgenden Sätzen aufgehetzt, ihr zahlt mit euren Beiträgen die heutigen Rentner*innen und wenn Ihr in Rente geht ist die Rentenkasse leer. Die Forderung nach mehr „Generationengerechtigkeit“ war

geboren. Seitdem spielen der Gesamtverband der Versicherungswirtschaft, das von der Deutschen Bank gegründete Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA), die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) als PR-Truppe der Metall- und Elektroarbeitgeber und viele andere Institutionen genau diese Melodie. Abgerundet wird das Ganze von einem Netzwerk von Wissenschaftlern, die einerseits in vielfältiger Weise mit der Finanzwirtschaft verbandelt waren oder sind und gleichzeitig als Politikberater fungieren. Die schillerndsten Figuren sind wohl die Professoren Bert Rürup, Bernd Raffelhüschen und Axel Börsch-Supan. Alle fordern den Umstieg auf deutlich mehr private Vorsorge. Begründung: Demografie und Generationengerechtigkeit.

Dass es den demografischen Wandel gibt wissen natürlich auch wir. Doch es ist ein Prozess, der seit mehr als 100 Jahren andauert. Er führt zu längeren Lebenserwartungen, mehr Rentner*innen und tendenziell weniger Beitragszahler*innen – nur kurz unterbrochen von der Babyboomer Phase in den 1960er Jahren. Die Rentenkasse hat diese Entwicklung entgegen aller Unkenrufe (bereits in den 1980er Jahren wurde das Ende der Rente zur Jahrtausendwende prophezeit!) stets gemeistert und wird dies auch in Zukunft schaffen. Mit der Einbeziehung aller Erwerbstätigen (u.a. Beamte, Selbstständige), einer höheren Frauenerwerbsquote und einer besseren Integration von Zuwanderern stehen ausreichend Beitragszahler auch für die kommenden Jahrzehnte bereit. Bekommen sie ordentliche Löhne, steht auch guten Renten nichts im Wege.

Damit wird auch die angeblich fehlende Generationengerechtigkeit als Schimäre demaskiert. Es gibt sie nicht. Der Beitragssatz in der Rente ist mit 18,6 Prozent so niedrig wie 1985. Was für die Jungen aber wirklich ungerecht ist: Sie sollen 4 Prozent ihres Gehaltes als Riesterbeitrag und möglichst noch einmal so viel für die Betriebsrente aufbringen. Und das fast ganz alleine, weil sich die Arbeitgeber an dieser neuen Privatvorsorge nicht oder kaum beteiligen. Das führt uns zurück zu den Profiteuren des Propagandafeldzuges.

Die Arbeitgeber haben seit Einführung der Riesterrente, durch die künstlich niedrig gehaltenen Rentenbeiträge, mindestens 200 Milliarden Euro eingespart. Die Lebensversicherer konnten ihre jährlichen Einnahmen auf über 100 Milliarden Euro steigern. Sie haben seit der von Schröder und Riester eingeleiteten Teilprivatisierung der Rente schätzungsweise 140 Millionen Rentenpoliken (Riester-Rente, Rürup-Rente, Privatrente u.a.) verkauft. Da hat sich die Meinungsmache so richtig gelohnt.

Wir stemmen uns mit aller Macht gegen eine Meinungsmache die von selbsternannten neoliberalen Ökonomen in die Welt gesetzt wird. Drohszenarien dieser Art sind unseriös, sie suggerieren (sehr einseitig) steigende Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung. Nach Wahrsager Art wird der Kollaps des bestehenden Renten Systems vorhergesagt.

Wir werden in der Innenstadt von Bruchsal am, 04.09.2021 und am, 11.09.2021 in Bretten, gemeinsam Junge und Alte einen Informationsstand zu dem Thema Rente bestücken.

Wir möchten mit dieser Aktion die Diskussion über eine gerechte Altersvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger in Gang setzen und das Feld nicht nur gekauften Meinungsmachern überlassen.